



Friedensstiftung für eine Gesellschaft im Wandel

Asyl-Sondersitzung des Sächsischen Landtages
am 1. September 2015

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Stand: September 2015
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Fotos: © Fraktion DIE LINKE/DAK

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
<http://linksfraktion-sachsen.de>

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ruf des Freistaates ist „fundamental im Arsch“ – so der Dresdner Schriftsteller Peter Richter, der in New York lebt und wie der Rest der Welt fassungslos auf Sachsen schaut. Beinahe täglich erleben wir neues Unterbringungschaos, neue rassistische Übergriffe, überforderte Behörden. Innenminister Ulbig, der lieber einen aussichtslosen Oberbürgermeisterwahlkampf in Dresden führte als seiner Verantwortung nachzukommen, geriet massiv unter Druck. Auch sonst ist Krisenstimmung in der Landesregierung angesagt.

Wir haben der Regierung angeboten, bei der Bewältigung der „größten gesellschaftlichen Umwälzung seit dem Ende der DDR“ (Freie Presse) parteiübergreifend gemeinsam zu agieren, und 45 Vorschläge für eine menschliche und geordnete Asylpolitik gemacht. Wir haben eine Sondersitzung des Landtages angestoßen. Über unsere Wortbeiträge in der Debatte informieren wir mit diesem Heft. Wir reagierten einerseits auf Erklärungen des Ministerpräsidenten sowie des Innenministers und der Integrationsministerin. Andererseits brachten wir unseren Antrag „Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“ (*gemeinsam mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/2500*) ein, den Sie ebenfalls im Heft finden.

Nach langen Monaten des Schweigens findet der Ministerpräsident endlich klare Worte zum Rassismus-Problem – wahrscheinlich, weil ihm Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus und Kultur gesagt haben, dass die fremdenfeindliche Stimmung wirtschaftlichen Schaden verursacht. Dass die Wirtschaft läuft, ist für Christdemokraten schließlich stets das Wichtigste. Wohin sie läuft und wer vom Wohlstand profitiert, fragen sie gemeinhin nicht. Doch sei's drum: Dass der Regierungschef nun seiner Leitfunktion in der Asylfrage nachkommt, ist ein Fortschritt.

Allerdings können wir nicht davon ausgehen, dass seine Partei – die seit 25 Jahren regierende CDU – ihm dabei vorbehaltlos folgt. Ihr Fraktionschef Frank Kupfer hat nicht zum ersten Mal Tillichs Worte Lügen gestraft, als er nur Minuten nach ihm wieder islamfeindliche Ressentiments schürte, wieder von „Asylmissbrauch“ (Weshalb „missbraucht“ man eigentlich ein Recht, indem man es wahrnimmt, in der Hoffnung auf faire Prüfung seines Begehrs?) sprach, wieder im

Subtext forderte, die Grenzen für „Wirtschaftsflüchtlinge“ (eine schlimme Vorverurteilung, die das Asylrecht aushebelt) dichtzumachen. In seiner Fraktion und bei der AfD findet Kupfer dafür viel Beifall. Wer legale und sichere Fluchtwege verhindert, ist übrigens mitschuldig am tausendfachen Sterben – auf Booten im Mittelmeer oder in LKWs auf österreichischen Autobahnen –, und sichert auch das Geschäftsmodell von Schlepperbanden. Kupfer, befand die „taz“, „spuckt nonchalant und mit sanfter Stimme seine Giftigkeiten aus“.

Wir werden von Flüchtlingen nicht „überrollt“, auch wenn die Medienberichterstattung das zu suggerieren scheint. Wir erleben aber einen grundlegenden Wandel unserer Gesellschaft, eine Umwälzung, wie sie nur einmal in Jahrzehnten stattfindet: Ab sofort sind wir nicht mehr „unter uns“. Das ist gut, denn so finden wir unseren Platz in einer bunten Welt. Ja, wir stehen deshalb vor enormen Herausforderungen, und die Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger wird Anstrengungen kosten. Niemand von den „Einheimischen“ darf und wird aber Nachteile erleiden, weil wir zuziehenden Hilfsbedürftigen helfen. Wer das Gegenteil behauptet, muss sich fragen lassen: Glauben Sie wirklich, dass Sie auch nur einen Euro mehr bekämen, wenn wir den Flüchtlingen nicht helfen würden?

Passenderweise fand die Sondersitzung am 1. September statt, dem Weltfriedenstag. Frieden ist eine notwendige Voraussetzung für soziale Sicherheit. Ziel aller Politik muss es sein, dauerhafte soziale Sicherheit für alle zu schaffen, die in Sachsen leben – egal, woher oder warum sie kommen. Das ist dringend nötig, damit die Gesellschaft nicht zerfällt. Imageprobleme sind dabei nur Randnotizen.

Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender

„Jetzt, mit der wachsenden Zahl bei uns Zuflucht und Zukunft Suchender, wird sich die gesamte Bundesrepublik verändern. Keiner hat dafür ein fertiges Konzept oder einen fertigen Plan. Die Geflüchteten sind keine Belastung, sondern eine Herausforderung. Sie sind in erster Linie eine Anfrage an unsere Menschlichkeit.“

Rico Gebhardt

Rede des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt zur Erklärung des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) außerhalb der Tagesordnung

Auszug aus dem Plenarprotokoll

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Vielen Dank für die ehrlichen und zum Teil auch klaren Worte. Sie kommen aus tiefstem Herzen, und ich höre neue Töne an Nachdenklichkeit in einer Zeit, die vor allen Dingen Verantwortungsträgern täglich neue Lageeinschätzungen, Schlussfolgerungen und Entscheidungen abverlangt.

Herr Ministerpräsident, das ist eine Grundlage, die gemeinsames Handeln ermöglicht.

Wahrscheinlich glaubten Sie nach Ihrer letzten Rede nicht, dass es Steigerungen gibt. Doch dann kam der Sommer und die Zeltstadt in Dresden, und wir mussten Heidenau erleben. In Dresden wurden erstmalig Helferinnen und Helfer von Hilfsorganisationen attackiert. Menschen, die Menschen in Not helfen - egal welche Hautfarbe sie haben, welcher Nationalität sie angehören, welchem Gott sie sich anvertrauen oder welchen politischen Schattierungen man sich zugehörig fühlt -, solche Helferinnen und Helfer zu attackieren, ist eine Schande.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

Dann die fremdenfeindlichen Angriffe der Rechtsextremen in Heidenau, erst auf die Unterkunft und die Busse und dann die direkte Auseinandersetzung mit dem Staat, in dem Falle der Polizei. Deutschland und ein Teil der Welt blickt nach

Heidenau und sprach vom „Tal der Anfälligen“, wie der „Tagesspiegel“. Für sächsische Verhältnisse hat die Staatsregierung schnell reagiert, erstmalig gemeinsam als Regierungskoalition. Das nenne ich Fortschritt. Jedoch sollten wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus Grenzen überschreiten. Ich habe mit der CDU und insbesondere mit der sächsischen CDU ganz viele Meinungsverschiedenheiten. Aber bei diesem Thema müssen wir gemeinsam etwas dagegen tun.

(Beifall bei den LINKEN)

Herr Ministerpräsident, dann haben Sie wieder so einen Satz gesagt – Zitat –: „Das ist nicht unser Sachsen.“ Herr Ministerpräsident, leider ist das auch Sachsen, nicht nur, aber eben auch. Die Mischung aus einem organisierten Nazikern und bürgerlichen Mitläufern mit ganz viel Hang zu rassistischen Äußerungen und Denkansätzen haben wir ja nicht erst seit Freital oder Heidenau. Das Muster erschütterte uns schon vor Jahren, unter anderem in Schneeberg. Es brachte uns – Herr Tillich, Sie wissen das – selbst in Phasen des heißen Wahlkampfes zu parteiübergreifenden praktischen Gemeinsamkeiten.

Ich denke, bei Ihnen und auch bei vielen Mitgliedern der Regierung sowie der CDU-Landtagsfraktion ist der Wunsch nach den lieben dankbaren Landeskindern stark ausgeprägt. Nur so kann ich mir erklären, warum Sie so lange an der Imagekampagne „So geht sächsisch“ festgehalten haben. Sie und die Kanzlerin haben am Mittwoch in Heidenau selbst erleben müssen, wie es um die politische Kommunikationskultur in unserem Freistaat bestellt ist. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich erleben das seit vielen Monaten, einige schon seit vielen Jahren.

Eine Kollegin aus meiner Fraktion, die im März einen Tag lang auf dem Theaterplatz bei dem von vielen hier im Hohen Haus kritisierten Flüchtlingscamp stand, schickte mir am frühen Nachmittag eine SMS, in der stand: „Mir bluten die Ohren, hol mich hier raus!“

Ich bleibe dabei: Wir schaffen den Neustart für Sachsen nur gemeinsam oder gar nicht. Sachsen ist immer noch eine starke Marke für technologische Innovation. Umso bedauerlicher ist, dass wir beim sozialen Zukunftsmodell als Freistaat so kläglich versagen.

Im Moment erweckt Sachsen den fatalen Eindruck, es steuere auf einen Bürgerkrieg im Kampf der Kulturen zu, und das nicht erst in den letzten Tagen und Wo-

chen. An dessen Ende werden alle Menschen in Sachsen Verlierer sein. Suchen wir stattdessen gemeinsam einen Weg, der alle zu Gewinnern macht. Dazu gehört als Basis strikte Gewaltfreiheit – logisch –, übrigens auch verbal. Dieses hysterische Niederschreien von Gesprächspartnern, deren vermeintlich fehlende Gesprächsbereitschaft vorher beklagt worden ist, kann keine Basis für die Kommunikation sein,

(Frank Kupfer, CDU: Merkt es euch nur!)

egal, ob gegenüber der Kanzlerin, dem Ministerpräsidenten, einem Minister, den Abgeordneten, einer Bürgermeisterin oder einem Kreis-, Stadt- oder Gemeinderat, auch nicht gegenüber Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Was wir auch nicht brauchen, sind Brandanschläge und Sachbeschädigungen gegenüber Flüchtlingsunterkünften oder Zerstörungswut an politischen Büros, egal welcher politischer Couleur. Was wir auch nicht brauchen, sind die ungezügelten Hasstiraden in sozialen Netzwerken, in Blogbeiträgen, bei den Medien. Auch sie vergiften das Klima ins Unerträgliche.

(Frank Kupfer, CDU: Merkt es euch nur!)

Wir bieten Ihnen an: Lassen Sie uns gemeinsam einen Asylgipfel der Zivilgesellschaft machen. Lassen Sie uns gemeinsam vor Ort Runde Tische zum Thema Integration und Flüchtlinge organisieren. Wir brauchen einen Krisenstab in der Staatskanzlei, der bürokratische Hindernisse aus dem Weg schafft, an denen viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer derzeit zu verzweifeln drohen.

Ich sage es Ihnen hier noch einmal öffentlich: Wir werden nicht kleinkariert nach irgendwelchen Verwaltungsfehlern suchen. Jedoch ist das kein Persilschein oder Freibrief für Politik- oder Behördenversagen.

Ich habe im aktuellen „Spiegel“ gelesen: „Die Ankunft der Flüchtlinge wird pragmatische, unkonventionelle, schnelle Lösungen unausweichlich machen.“ Bisher gilt: Es muss alles seine deutsche Ordnung und Regel haben. Der „Spiegel“ schreibt weiter: „Sie“ – gemeint sind die Geflüchteten – „zwingen das Land, weltoffener zu werden, großzügiger und ein bisschen chaotischer.“ Ich sage: Es ist egal, ob das Elfriede, Paul, Mandy oder Mike gefällt.

(Beifall bei den LINKEN)

1990 wurde die Bundesrepublik um das Territorium der DDR größer. Für die Menschen im Osten des Landes änderte sich von einem auf den anderen Tag alles. Das Erfolgsmodell Bundesrepublik wurde übernommen. Die Menschen in den alten Ländern fremdeln bis zum heutigen Tag mit der für sie dramatischen Veränderung der Einführung des grünen Pfeils an wenigen Ampeln.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Jetzt, mit der wachsenden Zahl der bei uns Zuflucht Suchenden, wird sich die gesamte Bundesrepublik verändern. Keiner hat dafür ein fertiges Rezept oder einen fertigen Plan. Wir müssen ausprobieren. Wir werden Erfolge und Misserfolge haben. Die Geflüchteten sind keine Belastung, sondern eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Sie sind in erster Linie eine Anfrage an unsere Menschlichkeit, aber auch an unseren Mut.

Wir haben jetzt die Chance, uns als Sachsen an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Leisten wir uns also die Kühnheit, ganz in der Tradition eines jahrhundertealten sächsischen Pioniergeistes, beim Umgang und der Integration mit Geflüchteten bundes- und europaweit die Unbürokratischsten und Pragmatischsten zu sein. Ich habe die Hoffnung, dass wir das gemeinsam hinbekommen. Setzen wir einfach einmal unsere eigenen Rituale eine Weile außer Kraft.

Ich habe Ihnen angeboten, in meiner alten Heimat dafür zu werben, dass in Schneeberg mehr Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, als versprochen wurde oder in dem neuen Unterbringungskonzept stehen. Diese Menschen sollen nicht in Zelten hausen. Es nützt nichts, dass wir uns an jedem Standort wechselseitig vorrechnen, welche Zahl verkraftbar sei oder nicht.

Eines muss klar sein, liebe Staatsregierung und liebe CDU-Fraktion: Wir als Fraktion sind nur bereit, mit Profis zusammenzuarbeiten.

(Lachen bei der CDU)

Ein irrsinniges dreitägiges Totalverbot aller Versammlungen, dem beinahe ein Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau zum Opfer gefallen wäre, gehört nicht dazu.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Es bescherte Sachsen eine fürchterliche Blamage, wie eine Zeitungskommentatorin zutreffend feststellte. Die Gerichte, einschließlich Bundesverfassungsgericht, haben Schadensbegrenzung betrieben, die wir ausdrücklich begrüßen. Ich weiß, dass sich der Innenminister im Vorfeld der Verwaltungsgerichtsentscheidung am Freitag persönlich darum bemüht hat, dass das Willkommensfest noch stattfinden kann. Ich finde es auch persönlich nicht richtig, wie einige wenige Demonstranten mit Herrn Ulbig in Heidenau umgegangen sind.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

Wir wollen Integration in allen Richtungen. Das ist in erster Linie eine Frage der Kultur und des Umgangs miteinander.

Herr Ministerpräsident, es war richtig und wichtig, dass Sie heute hier bei der Sondersitzung des Sächsischen Landtags als Erster das Wort ergriffen haben. Sie, Herr Ministerpräsident, müssen die lauteste und deutlichste Stimme sein, wenn es um die Würde der Menschen in unserem Land geht. Dafür haben Sie meine volle Unterstützung.

Glück auf!

(Beifall bei den LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

„In praktisch allen Kriegs- und Krisenherden, wo sich die Menschen Richtung Deutschland aufmachen, hat die ‚westliche Welt‘ massiv mitgemischt. Die Ergebnisse sind zum Davonlaufen. Das kann man den Menschen, die genau dies tun, nicht vorwerfen. Seit 1990 haben 800.000 Menschen Sachsen verlassen. Es sollte nicht an Platz für Neuankömmlinge mangeln“

Rico Gebhardt

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt
in der Aussprache zur Fachregierungserklärung des Staats-
ministers des Innern, Markus Ulbig (CDU), und der Staats-
ministerin für Gleichstellung und Integration beim Staats-
ministerium für Soziales und Verbraucherschutz,
Petra Köpping (SPD), zum Thema: „Gesamtaufgabe Asyl –
gemeinsam für Unterbringung, Sicherheit und Integration“
sowie zum gemeinsamen Antrag von LINKEN und GRÜNEN
(Drucksache 6/2500)**

Auszug aus dem Plenarprotokoll

Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, den Deutschland am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen entfesselte und der millionenfachen Tod und unfassbares Leid über die Menschen in Europa und in der Welt brachte. Dieser Tag – der Ministerpräsident erinnerte in seiner Rede ebenfalls daran – soll uns immerwährende Mahnung sein, dass Krieg immer nur Leid, Tod und Zerstörung über die Menschen bringt. Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, sich nicht nur am heutigen Tag an den Werten des Friedens zu orientieren. Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit 1945 nicht mehr. Nur wenige finden den Weg nach Europa und nach Deutschland – trotz der aktuellen Schätzungen von 800.000 Menschen in diesem Jahr. Die allermeisten Menschen, die auf der Flucht sind, fliehen vor Krieg, Terror und Verfolgung. Rechtspopulistische, neofaschistische Parteien und Organisationen, aber auch viele Unorganisierte, oft fälschlicherweise „besorgte Bürgerinnen und Bürger“ oder „Asylkritiker“ genannt, hetzen gerade auch in Sachsen gegen Flüchtlinge und ihre Unterbrin-

gung. Diesem Hass gegen Geflüchtete müssen wir als Gesellschaft begegnen, indem wir dem Hass und dem Rassismus widersprechen, Gesicht zeigen, den Humanismus auf die Straße tragen, aber auch ganz konkret, indem wir Flüchtlinge willkommen heißen, uns engagieren und einbringen. Viele Menschen im Freistaat Sachsen tun genau das seit vielen Monaten. Auch ihre Arbeit gilt es zu würdigen. Ihnen allen gilt mein aufrichtiger Dank und ihnen gebührt unser allergrößter Respekt.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Deutschland ist nicht isoliert in der Welt. Viele in der Bundesregierung wollen mehr Verantwortung in der Welt wahrnehmen und schwatzen mal ganz schnell von „militärischer Verantwortung“. Ich sage: Wenn Deutschland Verantwortung in der Europa- und Weltpolitik übernehmen will, dann bitte bei der Solidarität und Hilfe für Geflüchtete, aber auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ob in der Ukraine, in der arabischen Welt, in Afrika – weltweit gab es in den letzten Jahren mehr Krisenherde als je zuvor in der Geschichte. Wir brauchen ein entschiedenes Eintreten für den Frieden, aber auch gegen weltweite Armut, Hunger und Umweltzerstörung.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

In fast allen Kriegs- und Krisenherden, aus denen sich die Menschen in Richtung Deutschland aufmachen, hat die sogenannte westliche Welt, also wir, massiv eingegriffen und mitgemischt. Die Ergebnisse sind zum Davonlaufen. Das kann man den Menschen, die genau das jetzt tun, nicht vorwerfen.

Wir brauchen ein radikales Umdenken in der europäischen Flüchtlingspolitik. Statt Unsummen in die Abschottung der Festung Europa zu investieren, müssen wir legale Wege nach Europa schaffen. Wir müssen aufhören, durch Waffenexporte auch noch an den Konflikten in dieser Welt mitzuverdienen.

(Beifall bei den LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie denken, wir hätten damit im Freistaat Sachsen nichts zu tun? Doch! – Wir als Politikerinnen und Politiker sind danach gefragt, und die Menschen lassen

sich nicht mehr abspeisen mit Ausreden wie: Das entscheiden nur „die da“ in Brüssel oder in Berlin. Die CDU-Fraktion ist auch der Meinung, wir könnten mit einem Beschluss im Sächsischen Landtag die Brüsseler Behörden dazu bewegen, Deutsch als gleichwertige Arbeitssprache in der Europäischen Union weiter zu fördern.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Sie wissen, dass nicht alle Asylbewerber und Asylbewerberinnen hier in Sachsen bleiben. Ein Großteil der Asylsuchenden verlässt uns nach der Anerkennung in Richtung Westdeutschland und Berlin, weil dort bereits Familienangehörige leben, weil man dort leichter Arbeit zu bekommen scheint und, ja auch wohl, weil dort die Stimmung Fremden gegenüber offener wirkt. Wir haben neben aller Humanität ein Eigeninteresse, dass der syrische Arzt zum Beispiel in Bautzen bleibt, obwohl er familiäre Bindungen nach Bremen hat.

Den Freistaat Sachsen haben in den vergangenen 25 Jahren 800.000 Menschen verlassen. Ich will die Zahl wiederholen: 32.000 Menschen haben uns jährlich 25 Jahre lang verlassen. Es sollte also nicht an Platz für Neuankömmlinge mangeln.

(Beifall bei den LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Landtagspräsident hat am vergangenen Dienstag im Landtag zwei Ausstellungen vom Bund der Vertriebenen eröffnet. Die eine Ausstellung beschäftigt sich mit der Besiedlung durch deutsche Auswanderer in ost- und südeuropäischen Gegenden. Auf einer Tafel – jeder kann das nachlesen – werden Gründe für die Auswanderung genannt: Hunger, Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung und Krieg, um nur vier Gründe zu nennen.

Auf der Homepage des Landtages kann man dazu nachfolgenden Satz lesen: „Gezeigt werden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen, die zu Einwanderungsreizen geführt haben.“

Ich wünschte mir, dass wir beim Umgang mit der derzeitigen Fluchtbewegung eine vergleichbare Differenziertheit an den Tag legen würden, denn dann hätten wir schon lange einen Schritt in die richtige Richtung gemeinsam getan.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin hat festgestellt, Sachsen habe keinen Plan in der Asylpolitik – und Recht hat sie. Ähnliches ist von den Stadtspitzen aus Dresden und Leipzig zu hören. Wenn künftig der Schwerpunkt der Erstaufnahme im Bereich der drei sächsischen Metropolen liegen soll – der Innenminister sprach gerade davon, was wir auch unterstützen –, dann müssen solche Stimmen ernst genommen werden und zu praktischen Konsequenzen führen. Wegschauen und Wegverwalten geht nicht mehr.

Ja, unsere Gesellschaft wird sich durch die Flüchtlinge verändern, in Deutschland sowieso und in Sachsen erst recht. Wir sind sozusagen nicht mehr unter uns.

Nun feiern wir in wenigen Wochen 25 Jahre Freistaat Sachsen. Der Freistaat Sachsen ist die Frucht eines Öffnungsprozesses, der mit der Maueröffnung im Herbst 1989 begann. Diese Öffnung haben die Sachsen mit herbeidemonstriert. Viele Sachsen haben sie durch ihre eigene Flucht beschleunigt. Wir erinnern uns an die Szenen an der Prager Botschaft und an die Züge, die über Dresden gefahren sind. Sie alle kennen diese Bilder.

Diese Öffnung hat unsere Gesellschaft in Sachsen nachhaltig verändert. Es kam nicht nur die D-Mark, sondern es kamen auch viele Neubürger zu uns – zunächst vor allem westdeutsche. Auch die Zusammensetzung dieses Landtags wäre ohne diese Migrationsbewegung eine andere. Es kamen auch Ausländerinnen und Ausländer, mehr als vorher da waren. Aber insgesamt blieb der Anteil ein Vierteljahrhundert verschwindend gering.

Nun will ich niemanden vor die Entscheidung stellen, sagen zu müssen, wer schwieriger zu integrieren ist: ein Wessi oder ein Syrier? Das ist sowieso Ansichtssache.

Wenn aber beispielsweise die Stadt Bautzen, dank Asylsuchender, wieder mehr als 40 000 Einwohner hat, wenn Schulen – auch abseits der Metropolen – wieder mehr Kinder haben, dann ist das doch ein Grund zur Freude. So, wie wir viele der längst kulturell eingebürgerten Neusachsen mit westdeutschem Migrationshintergrund – Herr Panter! – nicht mehr missen wollen, werden wir uns auch an diese Neusachsen gewöhnen.

(Dirk Panter, SPD: Danke für diese Güte!)

Man kann mir auch nicht mit dem Argument kommen: Nun kämen alle, vor. allen Dingen Muslime. Wir haben es gerade von Herrn Kupfer gehört. Es kommen aber gerade die Muslime, die dem Islamismus entflohen sind. Es sind die in ihrem Herkunftsland eher Liberalen, die zu uns kommen und nicht die Fundamentalisten. Natürlich ist ihre Liberalität nicht identisch mit dem, was wir hierzulande als freizügig bezeichnen. Aber wir ertragen ja schließlich auch einen Landesbischof mit homophoben Ansichten,

(Starker Widerspruch bei der CDU)

und Medienbeobachter rechnen es ihm schon als –

(Zurufe von der CDU)

– Ihre Aufregung ehrt nur mich.

(Beifall bei den LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Medienbeobachter rechnen es dem Bischof schon als Pluspunkt an, dass er innerkirchliche Leute mit anderen Ansichten nicht offensiv verfolgt.

*(Zuruf von der CDU: Geht's noch?! –
Zurufe der Abg. Christine Clauß und Marko Schiemann, CDU)*

Mir persönlich ist Religion etwas vollkommen Fremdes.

Aber ich bedauere den Weggang von Herrn Koch aus Sachsen zutiefst, weil er zu den leuchtenden Beispielen universaler Menschenfreundlichkeit gehört, die wir jetzt so dringend in Sachsen brauchen.

*(Marko Schiemann, CDU: Das ist genau der Punkt,
wenn man Religion nicht richtig bewerten kann!)*

Ja, wir werden uns alle verändern, Herr Schiemann, auch Sie, auch der Landtag, die Fraktionen, die Parteien, die Vereine und gesellschaftliche Gruppen.

(Zurufe des Abg. Marko Schiemann, CDU)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen, Herr Schiemann.

Dass Sachsen heute auf fast ein Jahrtausend erfolgreicher Tradition von Erfindergeist zurückblicken kann, liegt daran, dass sich dieses Land immer wieder zu verändern verstand.

(Beifall bei den LINKEN)

Ja, es kommen nicht nur Ärzte, Wissenschaftler und Handwerker, sondern es kommen auch Analphabeten. Na und? Doch auch sie sind doch hoch spannende Menschen mit vielen Talenten, deren unkonventionelle Erschließung uns vielleicht zu neuen Wegen im Umgang mit deutschen Schulabbrechern führt, von denen wir in Sachsen bekanntlich überdurchschnittlich viele haben.

Es kommen nicht zuletzt viele Menschen mit zuvorkommender Art im zwischenmenschlichen Umgang, von denen wir vielleicht viel lernen können. Nach der Unterbringung, die uns gerade vollständig zu überfordern scheint, beginnt erst die eigentliche Aufgabe, nämlich die der Integration in die Kita, in die Schule, in die Berufsausbildung, in die Arbeits- und in die Lebenswelt bei uns in Sachsen. Dazu brauchen wir die notwendigen strukturellen und personellen Voraussetzungen: Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, um nur einige zu nennen. Wir brauchen sie nicht befristet, sondern wir werden sie dauerhaft benötigen.

Machen Sie nicht den Fehler und denken: Es wird morgen vorbei sein. Wir brauchen diese Frauen und Männer nicht nur wegen zu uns kommender Menschen, sondern auch für die Einheimischen. Denken wir immer daran: Was wir tun, tun wir für die ganze Gesellschaft. Nur so können Integration und Inklusion funktionieren.

(Beifall bei den LINKEN)

Dem dient der Antrag der LINKEN und der GRÜNEN, den wir gemeinsam zu dieser Sondersitzung eingebracht haben. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich dafür bei Ihnen um Zustimmung werbe.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

„Zwischen 1933 bis 1945 und auch danach ist man gemeinhin überrascht gewesen, was ganz normale, liebevolle Familienväter und -mütter angestellt haben“

Enrico Stange

**Rede von MdL Enrico Stange, Innenpolitischer Sprecher,
zum gemeinsamen Antrag von LINKEN und GRÜNEN
(Drucksache 6/2500):**

„Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“

Auszug aus dem Plenarprotokoll

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich eingangs etwas sagen, was mir persönlich auf der Seele brennt.

(Oh!-Rufe von der CDU)

Wenn der Herr Urban von der AfD hier ein Bild zeichnet von syrischen Flüchtlingen, jungen Männern – wenn ich das mal übersetzen darf, was er gesagt hat –, dann handelt es sich überwiegend um jugendliche, spätpubertierende, klauen- de, Drogen vertickende, vergewaltigende Muselmänner.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Das hat er nicht gesagt!)

Wenn man das übersetzt – können Sie zuhören? –,

(Uwe Wurlitzer, AfD: Dann ist Ihre Übersetzung völlig daneben!)

wenn man das so übersetzt, dann werden Sie Ihrer Rolle, die Sie in der Gesellschaft einnehmen wollen, tatsächlich gerecht.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Wer ist denn jetzt der Hetzer?)

Sie sind keine Saubermänner der AfD, sondern Sie sind Brandstifter in Nadelstreifen,

(Uwe Wurlitzer, AfD: Wunderbar!)

die Demonstrationen fordern und sich gegen den Rechtsstaat, gegen Gewaltlosigkeit und gegen eine aufnahmefähige Gesellschaft richten.

*(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN –
Carsten Hütter, AfD: Kümmern Sie sich mal um den
verlängerten Arm Ihrer Partei!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Äußerte sich dieser Hass bis vor einem Jahr eher unter der Hand und nur in besonders radikalisierten Kreisen der extremen Rechten, dann bricht sich in den letzten Tagen dieser Hass nahezu ungezügelt Bahn. Aber so neu ist das alles auch nicht. Lichtelläufe 2013 in Schneeberg, die BI „Heidenau hört zu“ im Herbst 2014, diese beiden Wegmarken zeigen, dass es wesentlich früher Handlungsbedarf in dieser Gesellschaft und mithin in unserem Staat gegeben hätte.

Mit dem Entstehen von Pegida, Legida und Co. hat die Innenministerkonferenz vor einer Instrumentalisierung der Ängste der Bürger durch das rechtspopulistische und rechtsextremistische Spektrum gewarnt. Aber noch immer geht das Landesamt für Verfassungsschutz von falschen Tatsachen aus, bewusst oder unbewusst. Lassen Sie uns heute, sehr geehrter Herr Ministerpräsident – vorhin war er noch da –, sehr geehrter Herr Staatsminister, zum zweiten Mal klare Worte sagen und Klarheit zu einem Umstand vereinbaren. Sprechen wir künftig bei jenen, die Asylsuchende und Geflüchtete der Menschenwürde durch Hetze und Gewalt zu berauben versuchen und sie vertreiben wollen, nicht von Asylkritikern und besorgten Bürgern, sondern von fremdenfeindlichen, rassistischen und extremistischen Menschen in diesem Land, denn das sind sie. Herr Kupfer, lassen Sie mich eins ins Stammbuch schreiben.

(Oh!-Rufe bei der CDU)

Wenn Sie von ganz normalen Menschen sprechen, dann sage ich, ohne die, die Sie meinen, stigmatisieren zu wollen: In den Jahren von 1933 bis 1945 und auch danach

(Frank Kupfer, CDU: Sehr schön!)

ist man gemeinhin überrascht gewesen, was ganz normale liebevolle Familienväter und -mütter in den Lagern der Holocaustmaschinerie angestellt haben.

*(Zuruf von der CDU: Was hat denn das jetzt damit zu tun? -
Zurufe von der CDU)*

Ich will es ganz klar sagen: Hüten wir uns davor, als ganz normale Bürger zu bezeichnen, wer dem rasenden Mob schreiend, johlend und applaudierend hinterherläuft. Auch das sei ganz klar und deutlich gesagt.

*(Beifall bei den LINKEN -
Uwe Wurlitzer, AfD: Wer ist jetzt hier der Brandstifter?)*

Die Eskalation in Heidenau ging nicht auf das Konto von Linksautonomen. Es war doch wohl eindeutig, wer den Rechtsstaat herausgefordert hat. Da gibt es nichts zu deuteln.

Kommen wir zum Thema Polizei. Sehr geehrter Herr Staatsminister, die Polizei ist eigentlich das Organ, das das Gewaltmonopol des Staates innehat. Sie haben gestern Abend bei „Fakt ist“ und heute hier gesagt, die Aufgaben der Polizei hätten sich geändert. Der Laie staunt, der Kenner wundert sich, denn die Aufgaben zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit – was Ordnung in diesem Zusammenhang auch immer sein soll – haben sich nicht geändert. Es sind weder die vielen Demos, Fußballspiele oder andere Großereignisse und nicht die Asylsuchenden und Geflüchteten, die die Polizei bis zur Handlungsunfähigkeit getrieben haben. Das scheint nur vordergründig so. Es ist der Stellen- und Personalabbau der letzten Jahre, den Sie bis heute nicht gestoppt haben. Wenn Sie gestern Abend in besagter Sendung „Fakt ist“ tatsächlich davon gesprochen haben, dass beim Personalabbau nunmehr ein Nullstand erreicht sei, dann war eher der Wunsch der Vater des Gedankens.

Kollege Hartmann, mit 2.000 Beamten mehr, also dem Stand vor dem Abbau, hätten wir ganz anders dagestanden als jetzt. Auch das gehört der Ehrlichkeit wegen dazu. Sollten Sie den Einstellungskorridor für den Polizeivollzugsdienst nicht weiter öffnen, werden Sie den Personalbestand von jetzt knapp 10.900 Beamten im Vollzugsdienst über einen kleinen Bauch von 11.190 im Jahr 2020 bis 2025 auf 11.090 entwickeln. Das sind gerade einmal 200 mehr als jetzt. Innerhalb von zehn Jahren ist das eine richtig tolle Leistung.

Nach meiner Auffassung sollten Sie die Versuche beenden, in der Öffentlichkeit als Kenner und Könnner zu gelten. Sie haben mit dem Stellenabbau von 2.400

Stellen bei der Sächsischen Polizei diese in den Kollaps getrieben. Sie sind damit verantwortlich.

Sie können endlich den Ausweg nehmen. Sie müssen nicht auf das Ergebnis der Fachkommission warten. Mit der Schnapsidee, 300 Wachpolizisten in zwölf Wochen Ausbildung „schnellzubehohlen“ und danach hoheitlich einzusetzen, haben Sie auch nicht auf die Fachkommission gewartet, sondern auf Frank Kupfer. Für die Ausbildung dieser 300 Leute brauchen Sie Kapazitäten. Die schicken Sie schließlich nicht zur Volkshochschule zu Häkel- oder Deutschkursen. Bilden Sie doch gleich 300 wirkliche Polizisten aus. Das wäre die Antwort, die wir hier heute brauchen.

Wer davon ausgeht, dass wir diese 300 Polizisten nur kurzfristig brauchen, sie also befristet einstellen, der irrt. Sie werden beim Personalbestand, den Sie brauchen, wenn Sie nicht deutlich den Korridor nach oben öffnen, wie wir es seit einigen Monaten deutlich artikulieren, frühestens, vielleicht nach 2025, dahin kommen, die nötige Zahl an Polizisten zu haben. Das ist aber Unsinn. Wir brauchen diese Lösung jetzt. Deshalb wäre es angebracht, den Korridor jetzt zu öffnen. Wenn Kollege Michel Recht hat, brauchen wir dazu nicht einmal einen Nachtragshaushalt. Wir brauchen nur den politischen Willen und das Ja vom in sich ruhenden Finanzminister Unland, der fast alle Minister hier am langen Arm verhungern lässt.

Meine Damen und Herren!

Noch einen Satz zu Heidenau. Wichtig wäre gewesen, dass man nach dem ersten Tag in Heidenau die Polizei nicht allein lässt und in den zweiten Tag hineinragt, ohne ein sinnvolles Konzept zu haben. Wenn die Angabe stimmt, dass sogar die Technik dagewesen ist, frage ich mich, warum man die nicht zum Einsatz gebracht hat. Das ist verantwortungslos. An dieser Stelle müssen Konsequenzen folgen, bin ich der Auffassung. Es kann nicht sein, dass die Polizei hier völlig alleingelassen wird und der Inspekteur die Kollegen völlig allein lässt, zur allgemeinen Verfügung.

Ja, wenn sich Sachsen blamiert, dann – Kollege Bartl hat es mir einmal so gesagt –, tut es dies gleichmäßig über fast alle Gewalten hinweg, und man könnte, wenn man es wohlwollend verstehen will, ja sagen, das Oberverwaltungsgericht hat im Grunde so entschieden, um den Weg zum Bundesverfassungsgericht freizumachen. Das wäre ja noch eine Sichtweise der Ehrenrettung.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Fakt ist: Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und das Oberverwaltungsgericht können in ihrem Eifer nach dem Sündenfall der Allgemeinverfügung zur Untersagung aller Versammlungen und Aufzüge am 19. Januar in Dresden nun die Grenzen weiter austesten und die Freiheit und Demokratie – so Ihre Vorstellung –, die freiheitliche demokratische Grundordnung in Sachsen einzudämmen versuchen. Nur werden sie eben Gott sei Dank durch das höchste deutsche Gericht gestoppt. Nicht nur, dass das Landratsamt leichtfertig Hand an die Verfassung legt; offenbar sekundiert dabei auch gegen den erklärten Willen des Innenministers die Polizeispitze der Polizeidirektion Dresden. In der Anhörung des Verfassungs- und Rechtsausschusses zu Dresden räumte Polizeipräsident Kroll damals offenerzig ein, dass er jederzeit wieder so handeln würde.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Guter Mann!)

Als der Ministerpräsident und der Innenminister gemeinsam grübelten, wie das Willkommensfest gesichert werden kann, arbeiteten Landratsamt und Polizeidirektion daran, die Allgemeinverfügung beim OVG durchzusetzen und inhaltlich zu unterfüttern. Deutlicher kann man der Landesspitze nicht in den Rücken fallen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: In der Sackgasse überfahren!)

Dieser Befund wiegt schwer, auch wenn genau diese Landesspitze zugleich in den vergangenen Jahren alles getan hat, um die sächsische Polizei an den Rand der Handlungsfähigkeit zu treiben. Eine andere Vermutung, als dass man Ihnen in den Rücken gefallen ist, wäre skandalös, meine Damen und Herren, deshalb will ich sie auch gar nicht aussprechen.

(Sebastian Fischer, CDU: Oh!)

Wer Sicherheit für alle hier lebenden Menschen organisieren will, der darf eben nicht nur auf die Sicherheit durch das staatliche Gewaltmonopol setzen. Sicherheit braucht vor allem Freiheit und die freie Entfaltungsmöglichkeit für jeden. Freiheit ist die Voraussetzung für Sicherheit, und die gesellschaftliche Verständigung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ihre Grundlage. Denn diese Grundlage besteht aus dem Konsens der Achtung der Menschenwürde und der Gewaltlosigkeit sowie in der Ausübung der Grundrechte durch das Verbürgen der Grundrechte für jeden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN)

„Die Schuld tragen nicht die Geflüchteten, sondern die, die Hass schüren, anstatt sich den eigenen Vorurteilen zu stellen und diese infrage zu stellen.“

Juliane Nagel

Rede von MdL Juliane Nagel, Sprecherin für Migrations- und Flüchtlingspolitik, zum gemeinsamen Antrag von LINKEN und GRÜNEN (Drucksache 6/2500):

„Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“

Auszug aus dem Plenarprotokoll

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte verbliebene Kolleginnen und Kollegen!

Ein heißer Sommer liegt hinter uns, und eine Beruhigung der Situation ist kaum in Sicht. Mit brachialer Härte artikulierten sich dieser Tage, Wochen, ja Monate rassistische Einstellungen aus der sächsischen Bevölkerung. Es vergeht keine Woche, in der nicht mindestens ein Angriff auf eine Unterkunft von geflüchteten Menschen geschieht, in der nicht Hassparolen in den öffentlichen oder den digitalen Raum getragen werden. Ja, die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und auch aus Perspektivlosigkeit aus ihren Ländern fliehen, wächst. Damit wachsen auch Unsicherheit und Skepsis in Teilen der ansässigen Bevölkerung.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Genau!)

Doch die Schuld – das müssen wir ganz deutlich sagen – tragen nicht die Geflüchteten, sondern jene, die Hass schüren, anstatt sich den eigenen Vorurteilen zu stellen und diese infrage zu stellen. Das Problem ist und bleibt Rassismus. Das ist auch an Herrn Kupfer gerichtet, der gerade nicht im Raum ist.

(Beifall bei den LINKEN)

Nun ist der Anstieg der Zahlen von Asylsuchenden seit langer Zeit gewiss. Es genügt ein Blick in die Medienberichterstattung oder auf die Beobachtungen und Er-

hebungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen. Seit letztem Herbst appellieren wir an die Staatsregierung, vor diesem Hintergrund ein Konzept vorzulegen, mit dem Erstaufnahme, Unterbringung, Versorgung und Teilhabe der Geflüchteten neu organisiert werden. Wichtig dabei waren und sind uns immer die echte Beteiligung und Einbeziehung der kommunalen Gebietskörperschaften, aber auch der Zivilgesellschaft, der Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gewesen, sprich: der eigentlichen Experten in der Sache.

Diese unsere Forderungen nach einem planmäßigen und partizipativen Handeln wurden jedes Mal abgebugelt und von den Regierungsfractionen abgelehnt. Dass heute von einem Integrationsgipfel die Rede ist, freut uns sehr. Das ist eine Forderung, die wir im Sommer erhoben haben und die wir auch für dringend notwendig halten; und wir hoffen sehr, dass aus dem Integrationsgipfel auch langfristige Beteiligungsmöglichkeiten erwachsen und dies nicht nur eine einmalige Veranstaltung werden soll.

Das Resultat der parteipolitisch motivierten Weigerung, unsere Hand anzunehmen, können Sie landauf, landab sehen. Nicht einmal die Basics, also die Basis, scheinen zu funktionieren. Der eigens zur Kommunikation mit den Kommunen eingeführte Lenkungsausschuss ist nicht in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. So stellt es sich uns jedenfalls dar, auch nach Kommunikation mit kommunalen Vertretern. Erzürnte Reaktionen von Landräten und Oberbürgermeister(inne)n zeigen diese Kritik, die wir erheben. Das letzte Beispiel ist Mittweida. Über die Einrichtung eines Erstaufnahme-Interims wurde der Oberbürgermeister einen Tag vor Bezug der Hochschulsporthalle, am Freitagabend letzter Woche, informiert. Die Beispiele lassen sich fortsetzen: Böhlen, Borna, Chemnitz, Heidenau, Leipzig.

Sehr geehrter Herr Innenminister, das ist ein Kommunikationsdesaster, und dieses ist keine Sache des Sommers, den wir jetzt hinter uns lassen, sondern es begleitet uns seit Anfang des Jahres. Anstatt kollektiv und kommunikativ nach Lösungen für die selbstverschuldete Notsituation zu suchen, zerschlagen Sie weiter und weiter Porzellan und tragen damit Mitverantwortung dafür, dass sich die feindliche Stimmung an zahlreichen Orten erst richtig aufschwingen kann.

Ein fairer Informationsverlauf und ein funktionierendes Kommunikationskonzept könnten dazu beitragen, dass vor Ort vor allem von jenen Vorbereitungen getroffen werden können, die der Unterstützung von zuflucht- und schutzsuchenden Menschen positiv bzw. offen gegenüberstehen; und nicht nur das: Mit einem

kooperativen und transparenten Ansatz könnten möglicherweise auch bessere Unterbringungsvarianten gefunden werden, als wir sie jetzt im gesamten Land aus dem Boden schießen sehen. Denn was wir mit Blick auf die Zustände in den Erstaufnahme-Interims wahrnehmen müssen, macht betroffen und wütend. Wir haben uns das im Sommer verschiedentlich angesehen.

Zu teilweise mehreren Hundert Menschen müssen die Geflüchteten in Zelten, Turnhallen und leerstehenden Baumärkten hausen, unter fragwürdigen hygienischen Bedingungen, ohne adäquate medizinische Versorgung, ohne notwendige soziale oder psychologische Betreuung, derer viele von ihnen bedürfen, und hinzu kommt: ohne Information und Orientierung, was eigentlich in den folgenden Tagen und Wochen mit ihrem Asylantrag geschieht, was eigentlich in Deutschland geschieht und wie das hier funktioniert. Das ist eine Situation, in die die Menschen geraten, die wirklich nicht beneidenswert ist.

Zu allem Überfluss wird die reine Notbetreuung der Interims – ich kann aus Leipzig ein Lied davon singen – zu einem nicht unwesentlichen Teil ehrenamtlich geleistet, auch wenn später Verträge kommen, bei den Johannitern jetzt ungefähr nach einem Monat. Vor dem Hintergrund dieser fatalen Situation – man muss auch einmal die Perspektive der Menschen einnehmen, die dort auf den Feldbetten nebeneinanderliegen – und des Unsicherheitsgefühls, das im Hinblick auf Heidenau in den Menschen schwelt, halte ich – dies ist auch an Herrn Hartmann gerichtet – zivilen Ungehorsam von 50 Geflüchteten, wie es in Leipzig geschehen ist, für mehr als berechtigt.

(Beifall bei den LINKEN – Oh-Rufe von der CDU)

Sehr geehrte Herren Ministerpräsident und Innenminister! Diese Zustände wollen wir nicht länger dulden. Wir fördern Sie nachdrücklich auf, für geregelte und die Menschenwürde respektierende Aufnahmebedingungen und Abläufe zu sorgen. Die Menschen, um die es hier geht, sind keine reine Verschiebemaschine. Sie sind keine reinen Zahlen, die man von Zelten in Chemnitz in eine Riesenturnhalle in Leipzig oder einen Baumarkt nach Heidenau und wieder zurück nach Chemnitz hin und her schieben kann. Es sind individuelle Menschen mit individuellen Geschichten und Bedürfnissen. Viele davon sind schutzbedürftig.

Wenn wir beispielsweise auf unserer Willkommenstour, die wir als Linksfraktion seit März 2015 durch das Land machen, in einer Unterkunft im Erzgebirge auf einen jungen Mann aus Syrien treffen, der gehbehindert ist und ohne Rollstuhl und

ohne Vermerk der ZAB (Zentrale Ausländerbehörde) für den Landkreis in eine nicht barrierefreie Einrichtung kommt, oder in Schneeberg in einer Außenstelle von Chemnitz einer Familie mit einem behinderten Kind begegnen, die bereits seit einem Jahr in Schneeberg wohnen muss, ohne dass ihre Zukunft klar ist und ohne dass mit Ihnen ausreichend kommuniziert wird, dann wird das behördliche Versagen sehr plastisch.

Um zu unserem Antrag zu kommen: Wir danken natürlich auch den vielen Ehrenamtlichen; darüber sind heute berechtigterweise bereits viele Worte verloren worden. Aber, meine Damen und Herren, eine Willkommenskultur zeigt sich nicht nur an der ehrenamtlichen Hilfe, der Spendenbereitschaft oder an Demonstrationen, sondern daran, wie wir den betroffenen Menschen auch institutionell Wege und Möglichkeiten eröffnen, hier anzukommen und dann auch an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Dies ist nicht nur eine Frage von Rechten und Gesetzen. Sie sind wichtig, aber es ist auch eine Frage der Haltung in den Behörden.

Wenn einem traumatisierten jungen Mann aus Syrien die psychologische Behandlung verwehrt wird, weil sie ihm nach Asylbewerberleistungsgesetz nicht unbedingt zusteht, und die Sachbearbeiterin im zuständigen Sozialamt in einem Überweisungsschein verwehrt; wenn ein Ingenieur aus dem Nordirak, nachdem er sich via Internet selbst Deutsch beigebracht hat, ein freiwilliges Praktikum absolviert hat und bei einer Maschinenbaufirma aufgrund der Vorrangprüfung durch die Ausländerbehörde und die Arbeitsagentur keine Chance hat, angenommen zu werden; wenn eine werdende junge Mutter ohnmächtig die Abschiebung ihres Freundes und Kindsvaters miterleben muss, weil es keine Asylverfahrensberatung gibt und das Geld nicht für einen Rechtsanwalt reicht, wenn der Schulbesuch unmöglich ist, weil es an DaZ-Lehrer(inne)n mangelt, oder wenn der Zugang zur Kita verwehrt wird, weil die Familie angeblich eine unsichere Aufenthaltsperspektive hat, dann haben wir es mit einem Gemisch aus institutioneller Diskriminierung, Fehlplanung und Ressentiments in den Behörden zu tun.

Dieses Gemisch bekommen geflüchtete Menschen in Sachsen tagtäglich zu spüren. Wir sagen klar und deutlich: Das muss ein Ende haben. Wir werben dafür, unsere sächsische Gesellschaft so einzurichten, dass sich Zuflucht suchende Menschen hier ein neues Leben aufbauen können. Dafür sind mehr als Worte nötig. Wir haben viel vor uns, um unsere Strukturen neu auszurichten. Wir werden asylsuchende Menschen als Chance für dieses Land verstehen.

Es wurde von meinen Vorrednerinnen bereits angesprochen: Erst jüngst verlautbarte die Bertelsmann Stiftung, dass die Bevölkerung Sachsens bis zum Jahr 2030 um 6 % schrumpfen wird. In den letzten 15 Jahren ging die Bevölkerung um fast eine halbe Million Menschen zurück. Was sind dagegen 12 000 Asylsuchende im letzten Jahr oder 40.000 Asylsuchende in diesem Jahr und in den folgenden Jahren auf diesem Niveau oder etwas höher? Von denen kann und will sowieso nur ein Teil bleiben. Wir haben die Chance, sie in unserer Gesellschaft aufzunehmen und damit sozusagen unsere Lücken zu füllen.

Sachsen belegt in Bezug auf den Anteil von Migranten an der Bevölkerung bundesweit Platz 12. Der Großteil von Migranten ohne deutschen Pass stammt aus Staaten der Europäischen Union. So oder so sind wir quasi ein Entwicklungsland, was die Öffnung in die Welt betrifft.

Da wir heute bereits zu unserer Haltung – wir wollten jeden nehmen – belehrt wurden, kann ich nur sagen: Ja, wir haben einen grundlegenden Dissens. Ich schaue vor allem zur CDU, aber auch zur AfD.

Wir kritisieren die bestehende Asylgesetzgebung, weil sie Asyl nur noch für einen verschwindend geringen Teil der Geflohenen möglich macht, zum Beispiel nicht für die diskriminierten Minderheiten aus den Westbalkanstaaten. Wir als LINKE stehen für eine Wiederherstellung des Asylrechts und dafür, dass alternative niedrigschwellige Zugangswege nach Deutschland geschaffen werden, und zwar nicht nur für Eliten, sondern auch für Bildung, Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten auf einem anderen Niveau, als es zum Beispiel die Blue Card vorsieht.

Welcher rationale Grund steht diesem Ansatz entgegen? Was wollen Sie bewahren? Wovor haben Sie Angst? Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zeit der Abschottung muss vorbei sein!

Mit unserem Antrag wollen wir die aktuelle Situation vom Kopf auf die Füße stellen bzw. dazu beitragen, dies zu tun. Wir wollen ein Gesamtkonzept, das Aufnahme-, Unterbringungs- sowie Asylverfahrens- und Kommunikationsabläufe genauso umfasst wie die Sicherung der Menschenwürde und die Teilhabe der geflüchteten Menschen. Es geht um eine auskömmliche Ausstattung der Kommunen, um diese Aufgabe zu erfüllen – wir haben es bereits in den Haushaltsberatungen angesprochen – sowie last, but not least um ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen gegen Rassismus; und das nicht nur mit Worten – in diesem Hohen Haus.

Abschließend noch eines: Wir wollen keine Sonderbehandlung für geflohene und Asyl suchende Menschen. Wir wollen, dass diese Menschen hier ein gleichberechtigtes und sicheres Leben inmitten unserer Gesellschaft führen können. Dafür werden wir einstehen – in diesem Hohen Hause, im Alltag und auf der Straße.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Thema: **Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen**

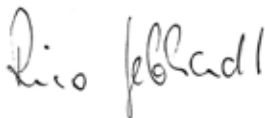
Der Landtag möge beschließen:

die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich ein unter Beteiligung des Sächsischen Ausländerbeauftragten, des Sächsischen Flüchtlingsrates und der kommunalen Spitzenverbände erarbeitetes, ganzheitliches und mit Landesmitteln finanziell, personell und sächlich untersetztes Konzept für den Freistaat Sachsen zur Bewältigung der aktuellen Problemlagen und langfristigen Herausforderungen bei der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von in Sachsen ankommenden Asylsuchenden und Flüchtlingen vorzulegen und zügig umzusetzen, das insbesondere die nachfolgend aufgeführten Handlungsfelder zum Gegenstand hat:

- Abläufe optimieren – logistische Herausforderungen in der Zentralen Ausländerbehörde endlich strukturiert angehen, Doppelstrukturen und -abläufe abbauen
- gute Unterbringung, gesundheitliche Versorgung und individuelle sozialpsychologische Betreuung sichern – Bedarfs- und Lebenslagen der Asylsuchenden und Flüchtlinge bereits in der Erstaufnahme achten und Folgebetreuung sicherstellen
- faires und zügiges Asylverfahren sicherstellen – Bleiberechtsregelungen vereinfachen
- Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen vor Ort frühzeitig öffentlich kommunizieren – Bürgerinnen und Bürger für die Problemlagen sensibilisieren
- breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure – gute Nachbarschaftspolitik für mehr Akzeptanz bei der Flüchtlingsaufnahme
- gelebte Willkommens- und Teilhabekultur etablieren – zentrale Koordinierung der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sichern
- Unterstützung der Kommunen sichern – Kostenerstattung auskömmlich gestalten, mindestens jährliche Evaluierung verbindlich regeln

Dresden, den 24. August 2015

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE.



i.V.
Volkmar Zschocke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eingegangen am: 25.08.2015

Ausgegeben am: 25.08.2015

- landesgesetzliche Grundlagen für Unterbringung, Betreuung und Teilhabe von Flüchtlingen neu regeln – Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen
- bestehende Integrations- und Teilhabebehindernisse abbauen – Zugänge zu Bildung, Sprache und Arbeit sicherstellen
- Rassismus entschlossen bekämpfen – Prävention stärken, Begegnung fördern, Ehrenamt stärker würdigen, rassistisch motivierte Straftaten konsequent verfolgen.

Begründung:

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen muss für alle politischen Verantwortungsträger in Sachsen ein friedliches und von gegenseitiger Achtung getragenes Zusammenleben aller in Sachsen lebenden Menschen - egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund - ebenso wie die umfassende Teilhabe und Inklusion der nach Sachsen zugewanderten Menschen als notwendiges Ziel für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Sachsen im Mittelpunkt ihres Handelns stehen.

Schon weil Sachsen historisch ein Einwanderungsland ist, müssen die daraus erwachsene Tradition und Verantwortung für interkulturelle Öffnung, Weltoffenheit und Toleranz gegen alle hiergegen gerichteten rassistischen Tendenzen und Erscheinungen verteidigt werden.

Dies gilt umso mehr für die aktuelle Situation, in der nach einem 15 Jahre andauernden massiven Zuwanderungsrückgang wieder mehr Menschen nach Deutschland und damit auch nach Sachsen kommen, die Schutz vor Verfolgung, Krieg und existentiellen Nöten suchen.

Wer will, dass sich weniger Menschen auf der Flucht befinden, der muss sich mit Nachdruck auf Bundes- und EU-Ebene für die Eindämmung und Beseitigung der Fluchtursachen einsetzen und innerhalb der Europäischen Union darauf hinwirken, das derzeitige „Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)“ schnellstmöglich zu einem menschenwürdigen „Gemeinsamen Europäischen Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungssystem (GEFAES)“, welches auch auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten basiert, weiterzuentwickeln und auszubauen.

Angesichts der weltweit zunehmenden Konflikte mit unterschiedlichsten Ursachen und Anlässen wird die Zahl der Flüchtlinge, die nach Sachsen kommen, tendenziell eher stark zunehmen als sich verringern.

Daher brauchen Sachsen und die anderen Bundesländer verbindliche Rahmenbedingungen, die eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen gewährleisten und von Anfang an darauf ausgerichtet sind, den ankommenden Flüchtlingen eine verlässliche und tragfähige Perspektive in Sachsen zu geben.

Dazu ist ein von Menschenwürde, Weltoffenheit und Toleranz getragenes Gesamtkonzept für das Land erforderlich, das

- den sozialen Zusammenhalt zwischen den Menschen ungeachtet ihres Migrationshintergrundes als gesellschaftspolitisches Ziel formuliert und fördert,
- die Vorzüge und Chancen kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt hervorhebt und für alle Menschen erlebbar macht,
- den ankommenden Flüchtlingen eine schnelle unbürokratische Aufnahme, eine umfassende Teilhabe und ein individuelles Bleiberecht ermöglicht,
- angesichts der Krisenherde in der Welt ankommende Flüchtlinge als gleichberechtigte Mitglieder humanistischer Gesellschaften begreift und anerkennt.

Ein solches Konzept für Sachsen schleunigst zu erarbeiten, dem Landtag und der Öffentlichkeit vorzustellen und danach zügig umzusetzen, liegt in der unmittelbaren politischen Verantwortung der Staatsregierung.

Menschenwürdige Aufnahme – verlässliche Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen

Zentrale Handlungsfelder der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag für eine weltoffene, tolerante und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Sachsen

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag steht für ein friedliches und von gegenseitiger Achtung getragenes Zusammenleben aller in Sachsen lebenden Menschen – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – ebenso ein wie für die umfassende Teilhabe und Inklusion der nach Sachsen zugewanderten Menschen als ein notwendiges Ziel für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Sachsen.

Schon weil Sachsen historisch ein Einwanderungsland ist, müssen die daraus erwachsene Tradition und Verantwortung für interkulturelle Öffnung, Weltoffenheit und Toleranz gegen alle hiergegen gerichteten faschistischen, nazistischen und rassistischen Tendenzen und Erscheinungen verteidigt werden.

Dies gilt umso mehr für die aktuelle Situation, in der nach einem 15 Jahre andauernden massiven Zuwanderungsrückgang wieder mehr Menschen nach Deutschland und damit auch nach Sachsen kommen, die Schutz vor Verfolgung, Krieg und existentiellen Nöten suchen.

Wer will, dass sich weniger Menschen auf der Flucht befinden, der muss sich mit Nachdruck auf Bundes- und EU-Ebene für die Eindämmung und Beseitigung der Fluchtursachen einsetzen und innerhalb der Europäischen Union darauf hinwirken, das derzeitige „Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)“ schnellstmöglich zu einem menschenwürdigen „Gemeinsamen Europäischen Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungssystem (GEFAES)“, welches auch auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten basiert, weiterzuentwickeln und auszubauen.

Angesichts der weltweit zunehmenden Konflikte mit unterschiedlichsten Ursachen und Anlässen wird die Zahl der Flüchtlinge, die nach Sachsen kommen, tendenziell eher stark zunehmen als sich verringern.

Daher brauchen Sachsen und die anderen Bundesländer verbindliche Rahmenbedingungen, die eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen gewähr-

leisten und von Anfang an darauf ausgerichtet sind, den ankommenden Flüchtlingen eine verlässliche und tragfähige Perspektive in Sachsen zu geben.

Dazu ist ein von Menschenwürde, Weltoffenheit und Toleranz getragenes Gesamtkonzept für das Land erforderlich, das

- den sozialen Zusammenhalt zwischen den Menschen ungeachtet ihres Migrationshintergrundes als gesellschaftspolitisches Ziel formuliert und fördert,
- die Vorzüge und Chancen kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt hervorhebt und für alle Menschen erlebbar macht,
- den ankommenden Flüchtlingen eine schnelle unbürokratische Aufnahme, eine umfassende Teilhabe und ein individuelles Bleiberecht ermöglicht,
- angesichts der Krisenherde in der Welt ankommende Flüchtlinge als gleichberechtigte Mitglieder humanistischer Gesellschaften begreift und anerkennt.

I. Gelebte Willkommens- und Teilhabekultur etablieren – Zentrale Koordinierung der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sichern

- Etablierung des Willkommenseins für alle in Sachsen ankommenden Flüchtlinge als zentrale Botschaft der sächsischen Bevölkerung und Ausgangspunkt des Handelns der Politik, Behörden, Kommunen und aller Akteure im Bereich der Flüchtlingsarbeit
- Zuwanderung und kulturelle Vielfalt als Mehrwert und Chance zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen für Sachsen erlebbar vermitteln
- Gewährleistung eines ausreichenden Angebotes für eine menschenwürdige erste Unterkunft für ankommende Flüchtlinge
- Sicherstellung einer engen individuellen Begleitung ankommender Flüchtlinge von Beginn an mit sozial-psychologischer Betreuung und frühzeitigen Fördermaßnahmen
- Gewährung eines ungehinderten Zugangs für Flüchtlinge zu unabhängiger Asylverfahrensberatung
- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Flüchtlinge auf Landesebene, die die Aktivitäten aller beteiligten Behörden, der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure bündelt und koordiniert
- Einrichtung einer landesweiten Sächsischen Flüchtlingskonferenz (zivilgesellschaftlicher Asylgipfel) bestehend aus Akteuren der beteiligten Behör-

den, der Kommunen und der im Bereich der Unterbringung und der Betreuung von Flüchtlingen tätigen zivilgesellschaftlichen Vereine, Verbände und Initiativen

II. Gute Unterbringung und individuelle sozial-psychologische Betreuung sichern – Bedarfs- und Lebenslagen der Flüchtlinge achten

- Vorzugsweise Gewährleistung und Umsetzung einer schnellstmöglichen direkten Wohnungsunterbringung von Flüchtlingen nach erfolgter Aufnahme in Sachsen; für Familien und allein erziehende Eltern eine die Privatsphäre wahrende separate Wohnungsunterbringung
- Realisierung einer dazu erforderlichen rechtzeitigen Wohnraumakquise und Sondierung sowie Förderung, Stärkung und Erweiterung des sozialen Wohnraumes in den Kommunen
- Sicherstellung einer flächendeckenden, durchgängig professionellen sowie auf die jeweiligen Lebens-, Fluchtgründe- und Fluchtfolgensituation der betroffenen Menschen ausgerichteten psychologischen, gesundheitlichen und sozialen Betreuung und Beratung durch qualifizierte Fachkräfte
- Bereitstellung besonderer Betreuungs- und Beratungsangebote für Flüchtlinge in und mit spezifischen persönlichen Lebensumständen und Erfahrungssituationen, wie insbesondere schwangere Frauen, Menschen mit Gewalterfahrungen (darunter besonders Opfer sexualisierter Gewalt), traumatisierte Menschen (darunter besonders Kinder und Jugendliche) und Menschen mit individuellen gesundheitlichen Problemlagen
- verbindliche Regelung und Festlegung von guten Standards bei der Aufnahme, Versorgung mit Wohnraum und Unterbringung sowie sozialen Begleitung von Flüchtlingen, wobei eine Zeltlagerunterbringung generell auszuschließen ist
- nachrangige und ausnahmsweise Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünfte muss den Bedürfnissen von Flüchtlingen in ihrer vorübergehenden Aufnahmesituation angepasst und in die Lebensumwelt vor Ort eingebettet sein
- Begrenzung der vorübergehenden Aufenthaltsdauer in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen auf in der Regel drei Wochen
- Schaffung von Begegnungs-, Austausch- und Teilhabemöglichkeiten für und mit Flüchtlingen
- Gewährleistung von Sprachunterricht, Orientierungskursen sowie Qualifikationschecks für Flüchtlinge vom ersten Tag an

- Finanzierung von sachsenweiten unabhängigen Asylverfahrensberatungen, die den Geflüchteten die Möglichkeit bieten sich umfassend über die rechtliche Situation zu informieren und über das Asylverfahren beraten zu lassen
- Einrichtung und Vorhalten mobiler Verwaltungsstellen/-dienste für die Durchführung des Erstaufnahmeverfahrens zur Ermöglichung der direkten Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb zentraler Erstaufnahmeeinrichtungen in besonderen Situationen und für unvermeidbare Erstaufnahmenotquartiere

III. Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort frühzeitig öffentlich kommunizieren – Bürgerinnen und Bürger für die Problemlagen sensibilisieren

- Etablierung eines Bildungs- und Kommunikationskonzeptes für die sächsische Bevölkerung zu Fluchtgründen wie politische, ethnische, religiöse und gesellschaftliche Verfolgung und Diskriminierung, ökonomische Perspektivlosigkeit, Zerstörung von Staatswesen von innen und außen, Bürgerkriege, Kriege, Naturkatastrophen und Ernährungsnotlagen sowie zu deren jeweiligen Ursachen und internationalen Zusammenhängen
- frühzeitige Kommunikation mit und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in den Landkreisen und kreisfreien Städten unter Einbeziehung aller in diesem Bereich engagierten Akteure, Vereine, Verbände und gesellschaftlichen Gruppen bei allen Planungen, Vorhaben und Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in den betreffenden Kommunen
- obligatorische Vorort-Bürgergespräche zu den jeweils geplanten Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in den Kommunen
- Initiierung und Bildung von breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen für ein menschliches, weltoffenes und tolerantes Zusammenleben mit vor Ort ankommenden Flüchtlingen sowie deren ideelle und finanzielle Unterstützung
- Umsetzung einer ganzheitlichen Kommunikationsstrategie in der Verantwortung des Landes zur Vermittlung der gemeinsamen Verantwortung von Land, Kommunen und Bevölkerung für eine menschenwürdige, die Menschenrechte jederzeit achtende und von einer Willkommenskultur gegenüber den Flüchtlingen getragene Bewältigung aller daraus erwachsenden Aufgaben und Herausforderungen an die Zivilgesellschaft
- Schulung und Einsatz von fachlich kompetenten Kommunikationsbeauftragten durch das Land im Zuge der obligatorischen Vorort-Bürgergespräche bei der geplanten Unterbringung von Flüchtlingen

IV. Breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure – Gute Nachbarschaftspolitik für mehr Akzeptanz bei der Flüchtlingsaufnahme

- Gewährleistung der Einbeziehung und strukturellen Einbindung aller im Bereich der Unterbringung und der Betreuung von Flüchtlingen tätigen Akteure, Vereine, Verbände, gesellschaftliche Gruppen und deren Gremien in allen Phasen der Planung und Vorbereitung der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
- finanzielle, personelle und organisatorische Förderung und Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure als kompetente erforderliche Partner bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
- Nutzung und Förderung von individuellen Hilfsangeboten und freiwilligem Engagement der Zivilgesellschaft, von Privatpersonen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden bei der Unterbringung, Betreuung und Teilhabe von Flüchtlingen

V. Unterstützung der Kommunen sichern – Kostenerstattung und Finanzierungssicherheit durch das Land verbindlich regeln

- Anhebung der derzeit vom Land gewährten Pauschalen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sowie regelmäßige Evaluierung und Fortschreibung, um sicherzustellen, dass den Kommunen die weiter steigenden Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen und für Zahlungen nach Asylbewerberleistungsgesetz kostendeckend erstattet werden
- personelle, organisatorische und finanzielle Vorkehrungen zur Unterstützung der Landkreise und kreisfreie Städte beim schnellstmöglichen Ausbau dezentraler Unterbringungsformen mit Wohnungscharakter, bei der Nutzung eigenen kommunalen Wohnraums oder der Anmietung von Wohnungen sowie unkomplizierte Gewährung der dazu notwendigen finanziellen Mittel durch entsprechende Landesfinanzhilfen
- Gewährleistung einer Vollkostenerstattung durch das Land für die Ausgaben der Landkreise und Kreisfreien Städte für Flüchtlinge und Leistungsempfänger nach § 25 Abs. 5 AufenthG
- Übernahme der dauerhaft hohen Aufwendungen der Landkreise und kreisfreien Städte für die gesundheitliche Betreuung von kranken und traumatisierten Flüchtlingen durch eine deutliche Absenkung des derzeit geltenden gesetzlichen Eigenanteils der Kommunen

- Bereitstellung auskömmlicher Investitionsmittel von Seiten des Landes für die Schaffung neuer Wohnungsunterkünfte sowie finanzielle organisatorische und personelle Unterstützung bei der Schaffung neuen Wohnraums für Flüchtlinge in den Kommunen insbesondere durch Verstärkung, Ausweitung und Neuauflage von Förderprogrammen des sozialen Wohnungsbaus,
- Bundesinitiative zur Übernahme der Finanzierung des überwiegenden Teils der Gesamtkosten der Aufnahme von Flüchtlingen in den Ländern durch den Bund im Bund-Länder-Finanzausgleich auf Grundlage dessen unmittelbarer völkerrechtlicher Verpflichtung zur Flüchtlingsaufnahme
- Öffnung der Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für alle asylsuchenden Menschen

VI. Umfassende Förderung von Flüchtlingen organisieren – Bestehende Integrations-/Teilhabebehindernisse zügig abbauen

- gezielte Förderung und Unterstützung von Flüchtlingen zur Ermöglichung eines schnelleren und kostenfreien Zugangs zu Sprache und Bildung, zu Arbeit und zur vollen rechtlichen Gleichstellung bis hin zur Einbürgerung
- Sicherstellung der schnellen Aufnahme der Kinder von Flüchtlingen in den Schulen unter frühzeitiger Einbeziehung von Schulträgern, Schulen, Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern;
- schnellstmögliche Unterbringung aller Flüchtlinge in Wohnungen zur Förderung ihrer Teilhabe und Integration sowie zur Vermeidung weiterer Stigmatisierungen und die Ballung von bestehenden Problemlagen
- Gezielte Unterstützung und Förderung von Flüchtlingen bei der eigenen Wohnungssuche und Anmietung von Wohnungen sowie Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zum kommunalen Bestand an Sozialwohnungen
- Beseitigung rechtlicher Teilhabebehindernisse für Flüchtlinge wie Arbeitsverbote oder Beschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt (Vorrangprüfung) oder zur Berufsausbildung, weiterhin bestehender Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, Beschränkungen bei der Gesundheitsversorgung usw.
- Überwindung des starren Systems der Zwangsverteilung von Flüchtlingen im Bund und in den Ländern durch Berücksichtigung der Kontakte von Flüchtlingen zu Familien, Verwandten und engen Bekannten und den bei diesen bestehenden Unterkunftsmöglichkeiten

VII. Landesgesetzliche Grundlagen für Unterbringung, Betreuung und Teilhabe von Flüchtlingen neu regeln – Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen

- zeitnahe Verabschiedung eines modernen Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes durch den Landtag, mit dem die Grundlagen und Mindeststandards für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Sachsen ebenso verbindlich geregelt werden wie deren Anspruch auf soziale, kulturelle, wirtschaftliche sowie politische Teilhabe

VIII. Schnelles und faires Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge – Erlangung des Bleiberechts für Flüchtlinge vereinfachen

- deutlicher Ausbau der personellen Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Regelung innovativer Wege für schnellere und faire Prüfverfahren zur Erlangung des Bleiberechts für Flüchtlinge
- Abschaffung der obligatorischen Asyl-Widerrufsprüfungen nach drei Jahren der Anerkennung
- Einführung schnellerer, großzügiger und kursorischer Prüfverfahren bei Herkunftsländern mit hohen Anerkennungschancen, ggf. auch im schriftlichen Verfahren, zur Vereinfachung der Erlangung eines Aufenthalts- und Bleiberechts für Flüchtlinge
- Etablierung einer „Altfallregelung“ zur Gewährung eines Bleiberechts für Flüchtlinge, deren Verfahren mehr als ein Jahr andauern

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de